

Arbeits-Anzeiger

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Nr. 31

Das Blatt erscheint jeden Sonnabend.
Abonnementpreis Nr. 1, 50 pro Quartal.
Redaktion und Expedition: Hamburg 23,
Claus-Groth-Strasse 1. Fernspr. 5. 2246.

Hamburg, den 31. Juli 1915

Anzeigen kosten die fünfgespaltene Normalzeile oder deren Raum 50 Pfg. (Der Betrag ist stets vorher einzulösen).
Verbandsanzeigen kosten 25 Pfg. die Zeile.

29. Jahrg.

Die Regelung des Arbeitsnachweises.

Eine unserer wichtigsten sozialpolitischen Einrichtungen, der Arbeitsnachweis, läßt leider in der Organisation nicht die Höhe der Entwicklung erkennen, die er vom Standpunkt einer fortgeschrittenen Sozialpolitik beanspruchen könnte. Die Unordnung, die durch die verschiedenen Arten von Arbeitsnachweisen sich unangenehm bemerkbar macht, übt eine sehr ungünstige Wirkung auf die Arbeitsvermittlung aus. Deutlicher sind diese Mängel insbesondere zu Beginn des Krieges, wo gegenüber der großen Arbeitslosigkeit der Arbeitsnachweis seine Leistungsfähigkeit zu beweisen hatte, hervorgetreten. Befriedigt hat der Arbeitsnachweis hier nicht, und es lag nahe, Mittel in Anregung zu bringen, die geeignet erscheinen, eine Vervollständigung herbeizuführen.

Am 8. Februar dieses Jahres wurde die Arbeitsnachweisfrage sehr eingehend auf einer Konferenz der Vorstände der Gewerkschaften erörtert und dabei insbesondere auf die künftigen großen Aufgaben der Gewerkschaften hingewiesen, die entstehen werden, wenn nach Beendigung des Feldzuges die Millionen von Arbeitskräften Arbeitsgelegenheit suchen. Im Anschluß an diese Konferenz fand eine Besprechung mit den übrigen Gewerkschaftsgruppen statt, die im Prinzip eine Einigung dahin brachte, daß die beste Reform des Arbeitsnachweises durch einen Eingriff der Gesetzgebung herbeigeführt werden könnte. Man verständigte sich über eine Anzahl Leitfäden, die in einigen Punkten von dem abweichen, was die freien Gewerkschaften grundsätzlich forderten, aber schließlich doch unter Zurückstellung der Differenzpunkte zu einem einheitlichen Vorgehen führten. Ausdrücklich wurde allerdings von den freien Gewerkschaften betont, daß sie in ihren Anforderungen an die Gesetzgebung nicht die Ansprüche aufgeben, die sie in der gemeinsamen Beratung zurückstellen. Unsere Forderungen gingen im wesentlichen darauf hinaus, auf der Grundlage einer paritätischen Verwaltung möglichst eine Einheitlichkeit des Arbeitsnachweises herbeizuführen. Es ist dann eine Petition an den Reichstag und Bundesrat gerichtet worden, die die von der gemeinsamen Konferenz festgelegten Grundsätze einer gesetzlichen Regelung des Arbeitsnachweises begründeten. Ferner ist in einem Vortrage über die Bedeutung dieser Frage dem Reichskanzler Kenntnis von den Wünschen der Gewerkschaften gegeben worden. Von der Regierung wurde die Bereitwilligkeit ausgedrückt, auf diesem Gebiete etwas zu unternehmen, ohne allerdings vorläufig die gesetzliche Regelung in Aussicht zu stellen. Eine gleichzeitige Aufnahme fand die Petition in der Budgetkommission des Reichstages und im Plenum. Später ist dann am 30. April in einer Konferenz, an der eine große Anzahl Vertreter der verschiedenen Korporationen, die am Arbeitsnachweis interessiert sind, teilnahmen, mitgeteilt, von welchen Gesichtspunkten aus geleitet die Regierung beabsichtigt, der Arbeitsnachweisfrage näher zu treten.

Praktische Ergebnisse all dieser Bemühungen und Verhandlungen liegen nunmehr in einer Bundesratsverordnung vor, auf deren praktische Durchführbarkeit nochmals die Gewerkschaften aufmerksam gemacht werden. Die Bundesratsverordnung will zunächst eine Liste aller nicht-gewerkschaftlichen Arbeitsnachweise aufstellen, die dem Arbeitsnachweis die Möglichkeit geben, den für seine Ansprüche passenden Arbeitsnachweis aufzusuchen. Die Gewerkschaften haben natürlich ein Interesse daran, daß ihr Arbeitsnachweis in diese Liste aufgenommen wird. Das Statistische Amt will dann in zwei Tagen in der Woche, am Mittwoch und Sonnabend, die Zahl der Arbeitsgesuche und offenen Stellen, die noch nicht erledigt werden konnten, feststellen und diese Feststellungen in dem vom Statistischen Amt herausgegebenen „Arbeitsmarktanzeiger“ veröffentlichen. Auch die Teilnahme an dieser Aufgabe wird den Gewerkschaften zu empfehlen sein, soweit Arbeitsnachweise

für sie in Frage kommen. Die Meldearten für diese Umfrage sind beim Statistischen Amt zu erhalten. Die erste Meldeart muß am Montag, 2. August 1915, beim Statistischen Amt einlaufen.

Von der Meldepflicht kann der Regierungspräsident diejenigen Arbeitsnachweise befreien, welche

- a) verpflichtet sind, die von ihnen nicht erledigten Arbeitsgesuche und offenen Stellen regelmäßig dem am Orte befindlichen öffentlichen (gemeindlichen oder von der Gemeinde unterstützten) Arbeitsnachweis oder einer sonstigen Sammelstelle mitzuteilen, sofern diese die bei ihr eingehenden Meldungen nach Maßgabe der Vorschrift im Absatz 1 an das Kaiserlich Statistische Amt weiterzumelden haben, oder
- b) voraussichtlich weniger als 200 Stellen im Jahre besetzen werden.

Eine gewisse Ergänzung zu dieser Bundesratsverordnung enthält ein Erlaß des preussischen Ministeriums für Handel und Gewerbe, der insbesondere die Ausgestaltung einer näheren Verbindung der Arbeitsnachweise an den größeren Orten zur Aufgabe hat. Es sollen hier möglichst Zentralauskunftsstellen errichtet werden. Es wird auf die Zersplitterung der Arbeitsnachweise in den größeren Orten hingewiesen und betont, daß ein Ausgleich in der Arbeitsvermittlung unter den einzelnen Arbeitsnachweisen durch eine Zentralstelle sehr zu empfehlen ist. Der Regierungspräsident wird ersucht, alsbald unter Hinguziehung der Träger der nichtgewerkschaftlichen Arbeitsnachweise zu erwägen, wie ein engeres Zusammenwirken aller Arbeitsnachweise durch Schaffung von Zentralauskunftsstellen oder ähnlichen Einrichtungen herbeigeführt werden kann. Es wird hier Aufgabe der Gewerkschaften sein, zu beachten, daß sie bei der Veranstaltung solcher Konferenzen nicht übergangen werden und in der Organisation der Zentralauskunftsstelle mit teilnehmen.

Vom Zentralverband Deutscher Arbeitsnachweise bemerkt man sich sehr eifrig, diese ganze Organisation in die Hände zu bekommen. Diese Bemühungen zu unterstützen, werden die Gewerkschaften keine Neigung haben. Sie haben ausdrücklich in der Konferenz im Reichsamt des Innern hervorgehoben und dabei auch die Zustimmung anderer Interessenten erfahren, daß diese Auskunftsstelle nur dann erfolgreich tätig sein kann, wenn sie ein gemeinsames Werk aller Arbeitsnachweise ist, nicht aber sich in der Hand eines Verbandes befindet, der die Arbeitsnachweise der Arbeiter ausschaltet. Es wird notwendig sein, daß darauf acht gegeben wird, daß diese Einrichtung nicht einen strengen bürokratischen Charakter hat, sondern eine freie Beweglichkeit, die für eine erspriechliche Tätigkeit notwendig ist.

Wenn wir auch mit den Ergebnissen unserer Bemühungen, eine Regelung des Arbeitsnachweises in großem Umfange herbeizuführen, vorläufig nicht durchgedrungen sind, so bedarf es sowohl keines besonderen Hinweises, daß dennoch alle die Vervollständigungen, die herbeigeführt sind, eine Mitarbeit aus unsern Kreisen notwendig macht. Der Arbeitsnachweis ist eine so wichtige Institution und wird diese Bedeutung insbesondere nach Abschluß des Krieges in erhöhtem Maße erlangen, daß wir alles einsetzen müssen, um Vervollständigungen herbeizuführen, die im Interesse einer geregelten Arbeitsvermittlung erforderlich sind.

Die Organisierung des Konsums und die Volkswirtschaft.

Von Dr. Heinz Potthoff.*

In dem Maße, in dem die Feinde den Kampf auf das Wirtschaftsleben verlegt haben, sind die Pflichten jedes Staatsbürgers gewachsen. Neben die allgemeine Wehrpflicht ist die allgemeine Wirtschaftspflicht getreten.

* Nach seinem Vortrage im Bezirksauschuß für Konsumenteninteressen in Düsseldorf, der ausführlich im Julihefte des „Konsumenten-Jahrhunderts“ veröffentlicht ist.

Alle unüberwindlichen Erschwernisse der Lebensführung nehmen Deutschlands Familien gern und willig in den Kauf. Aber wir sträuben uns dagegen, daß der Krieg für gewisse Kreise ein gewinnreiches Geschäft werde. Wir schauern vor dem Gedanken, daß Bürger unseres Vaterlandes schmunzelnd über den Krieg quillieren; daß sie ihm eine recht lange Dauer wünschen, weil ihr Weizen im Unglück der Gesamtheit blüht.

Der Wunsch, den Krieg als Grundlage für persönlichen Gewinn auszunutzen, ist allgemein verbreitet. Da ist kein Unterschied zwischen Landwirtschaft, Industrie, Handwerk und Handel, zwischen groß und klein, zwischen Stadt und Land. Wer etwas zu verkaufen hat, der nimmt die höchsten Preise, die er bekommen kann; ganz gleich, ob das deutsche Heer oder das rote Kreuz oder der hungernde Mitbürger Käufer ist. Und wer auf ein weiteres Steigen der Preise „hoffen“ kann, der hält seine Vorräte zurück, gibt auf Regierungsrundfragen falsche Auskünfte, tut alles, was er kann, um die Volksnot zu vermehren und dadurch seinen Gewinn zu erhöhen. Alle Moral ist in diesen Zeiten des Weltkampfes auf das höchste gespannt, nur die Geschäftsmoral ist tief gesunken. Der Wucher ist allgemeine Verkehrssünde geworden. Er wird auch als solche von Behörden anerkannt. Keine Handelskammer, keine Handwerkskammer, keine Landwirtschaftskammer, kein Fachverband hat sich noch gegen die Ausnutzung der Kriegsnot zur Wehrsetzung gewandt. Die Verwaltungsbehörden bekämpfen die übertriebene Ausnutzung wohl mit Höchstpreisen, mit Beschlagnahme usw., aber nicht mit den bestehenden ordentlichen Gesetzen. Diese würden vollständig ausreichen, wenn sie nur von Staatsanwälten und Gerichten angewandt würden. Aber es scheint, als wäre der § 288 des Reichsstrafgesetzbuches gegen Betrug und der § 302a gegen gewerkschaftlichen Wucher völlig außer Kraft gesetzt.

Ein solcher Widerspruch der Geschäftsmoral gegen die übrige Volksmoral erklärt sich nur als Folge einer lang eingelebten falschen Auffassung des Wirtschaftslebens. Die moderne Wirtschaftsweise ist technisch ein ungeheurer Fortschritt, aber sie hat das Wirtschaftsleben auf den Kopf gestellt. Der Mensch ist nicht mehr Zweck der Wirtschaft, sondern nur noch ein Mittel zu einem höheren Zwecke: dem Geldverdienen. Einst war das Gewerbe eine Art von öffentlichem Amte, heute ist das einzige Ziel des Gewerbes, ebenso des Handels, der Landwirtschaft: der Profit. Ob die auf den Markt geworfenen Kleider und Schuhe von Menschen getragen werden, und von welchen Menschen, ist dem Fabrikanten völlig gleichgültig, er will nur am Absatz verdienen. Häuser werden nicht mehr gebaut, damit Menschen wohnen können, sondern damit Grundstücke rentabel verwertet werden.

Beider ist die staatliche Wirtschaftspolitik mit auf den Irrweg gelaufen. Sie geht nicht von der Frage aus: Hier sind fast 70 Millionen Staatsangehörige, die sich nähren, kleiden, wohnen, etwas lernen müssen; was kann geschehen, um ihnen die Nahrung, die Kleidung, die Wohnung usw. so reichlich und gut wie möglich zur Verfügung zu stellen? Sondern sie fragt umgekehrt: Zum Beispiel: Hier sind einige Millionen Menschen in der Landwirtschaft tätig. Was kann geschehen, um diese Tätigkeit gewinnreich zu machen, um die Rentabilität von Getreidebau und Viehzucht zu heben? Oder gar: Hier sind einige hundert Millionen im Kalibergbau angelegt; was muß geschehen, um diesem Kapital eine angemessene Verzinsung zu sichern? Unsere Politik geht aus von der Produktion statt vom Konsum. Im Interesse der Produktion und ihres Gewinnes beschränkt, verteuert sie den Konsum bestimmter Verbrauchsgegenstände. Als ob der Mensch auf der Welt wäre, um durch die Bezahlung bestimmter private Kapitalien rentabel zu machen!

Unter solchen Umständen ist es fast selbstverständlich, daß auch im Kriege die staatliche Wirtschaftspolitik nicht von den Konsumenten, sondern von den Produzenten ausgeht. Die erste wirtschaftliche Maßnahme des Bundesrates war eine Kontingentierung des Zuckerabfahres, damit der Zucker, das einzige Nahrungsmittel, das im Ueberflusse vorhanden war, nicht durch Unterbindung des Auslandsabfahres billig würde. Als Höchstpreise für Korn eingeführt wurden, da waren sie höher als die höchsten Marktpreise des letzten Menschenalters, obgleich die letzte Ernte gut ausgefallen und ohne erhebliche Wehrkosten eingebracht worden war. Als die Kriegsgetreidegesellschaft ihre Mehlpreise herabsetzte, da wurde als selbstverständlich verkündet, daß die Brotpreise erst folgen könnten, wenn die älteren teureren Mehlvorräte aufgebraucht wären. Aber als die Enteignungspreise für Hafer nachträglich um 40 % für die Sonne erhöht wurden, da hatte diese Maßnahme rückwirkende Kraft, und die früheren Lieferanten bekamen den Aufschlag nachträglich geschenkt. Bei Festsetzung der Höchstpreise für Kartoffeln haben die preussischen Minister es ausdrücklich ausgesprochen, daß die Landwirte tüchtig dabei verdienen sollten. Und als die drohende Kartoffelnot eine starke Abschichtung von Schweinen forderte, da zwang die Regierung alle großen Gemeinden, Riesenmengen von

Dauerwaren aufzustapeln, damit ja die Schweine sich hoch im Preise halten konnten.

Bei solchen Anschauungen in Regierungskreisen ist es fast selbstverständlich, daß nur die Produzenten organisiert sind. Landwirtschaft, Handwerk, Industrie und Handel haben ihre amtlichen Kammern als Interessenvertretungen. Nur diese werden in der Regel als Gutachter herangezogen, ihrem Urteil legt die Regierung hohes Gewicht bei. Es ist aber ein Mangel, daß die Produzenten nicht nur Sachverständige über die technische Seite ihrer Produktion sein, sondern auch über den Preis bestimmen sollen, den sie für die Produkte haben möchten. Hier muß ein Gegengewicht geschaffen werden in der Organisation der Konsumenten. Diese hat nicht nur während des Krieges, sondern für die Dauer eine hohe Aufgabe. Denn es darf nicht so bleiben, wie es bisher war.

Die Erkenntnis ist durch den Krieg gekommen und wird hoffentlich nicht wieder verloren gehen. Wir verdanken sie unsern schlimmsten Feinde, dem englischen Versuche einer Aus Hungierung Deutschlands. Die Absperzung der ausländischen Zufuhr hat uns gezwungen, über eine rationelle Einrichtung unserer Ernährung nachzudenken, und wie eine Erleichterung ist es über uns gekommen, daß die Nahrungsmittel in erster Linie des Konsums wegen da sind. Natürlich können nicht alle einzelnen Maßnahmen, die in der Notzeit getroffen sind, unverändert fortbestehen; aber traurig wäre es, wenn sie beseitigt würden, ohne daß entsprechende Friedensmaßnahmen an ihre Stelle träten; wenn wir die große Lehre vergäßen, die Englands Barbarei uns eingeschämmt hat.

Aus den Mitten dieses Weltkrieges muß die gefestigte Ueberzeugung hervorgehen, daß der Mensch die Hauptsache im Staate und in aller Welt ist. Alle Wirtschaftspolitik muß vom Konsumenten ausgehen und fragen: Was kann geschehen, um die Millionen recht gut und reichlich mit allem zum Leben, zum Fortwärtkommen, zur Kulturförderung dienlichen zu versehen? Die Konsumenteninteressen sind ganz allgemeine Interessen. Niemand hat sie nicht; denn Konsument ist jeder, und nur diejenigen haben Gegeninteressen, die zum Schaden ihrer Mitbürger verdienen möchten. Deswegen kann der Kriegsausbruch für Konsumenteninteressen alle anständigen und sozialgesunden Bürger und Bürgerinnen zur Mitarbeit aufrufen. Die organisierte Kraft des Verbrauchers ist eine Macht, wenn sie sich nur bewußt betätigt. Sie kann die gegenwärtige verkehrte Wirtschaftsauffassung und Wirtschaftspolitik zur Umkehr zwingen; kann verhindern, daß auf die schweren, opferreichen Kämpfe von 1914/15 wieder wie nach 1870/71 eine Zeit rücksichtslosster Profitjagd und übelsten Geschäftsschwinds folgt; sie kann die Grundlage einer sozialen Wirtschaftsverfassung legen, die sich auf dem Saße aufbaut, daß es für den Staat kein anderes, höheres Ziel geben kann, als recht viele gesunde, leistungsfähige, aber auch arbeitsfreudige, glückliche Menschen zu seinen Bürgern zu zählen.

Ein Jubiläum der Organisation ungelernter Arbeiter.

Am 29. Juni d. J. konnte der Fabrikarbeiterverband auf eine fünfundsiebzigjährige Tätigkeit zurückblicken. Solche Gedenktage haben in letzter Zeit verschiedene Verbände feiern können, keiner aber hat für die Arbeiterinnen solche Bedeutung, wie der des Fabrikarbeiterverbandes. Nicht etwa, weil der Fabrikarbeiterverband ausschließlich oder überwiegend als zuständige Stelle für die Organisation der Arbeiterinnen in Frage kommt oder als erste Organisation Arbeiterinnen als Mitglieder aufgenommen hat, sondern weil durch seine Gründung zum Ausdruck gekommen ist, daß auch für die ungelerten Arbeitskräfte die gewerkschaftliche Organisation eine Notwendigkeit ist.

Beitreibungen, die arbeitenden Personen einer Branche, eines Berufs oder sogar darüber hinaus in Organisationen zusammenzufassen, um einen Einfluß auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zu gewinnen, zeigten schon im Revolutionsjahre 1848 ein. Zu einer Entwicklung kamen die ins Leben gerufenen Verbindungen aber nicht, weil die politischen Zustände dies verhinderten. Erst als 1869 für den Norddeutschen Bund die Koalitionsverbote, das heißt die Bestimmungen aufgehoben wurden, die der arbeitenden Bevölkerung den Zusammenschluß zu dem Zweck, die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verbessern, nicht gestatteten, schien die Bahn frei für die Entwicklung der gewerkschaftlichen Organisationen, von denen einige bereits im Anfang und in der Mitte der sechziger Jahre entstanden waren.

Das 1875 erlassene Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie, das erst am 30. September 1890 beseitigt wurde, machte diese Hoffnungen wieder zunichte. Wohl entstanden bereits unter dem Sozialistengesetz einige gewerkschaftliche Verbindungen. Die Anwartsentwicklung zu dem Nachschaff, den heute die Gewerkschaften im Wirtschaftsleben darstellen, begann aber erst nach dem Fall des Ausnahmegesetzes.

Zunehmend kam die Bewegung, die die Arbeitererschaft namentlich seit Anfang der sechziger Jahre erfasst hatte, nicht mehr zur Ruhe. Sie erregte sich aber zunächst und lange Zeit hindurch nur auf die geleerten Arbeiter. Auch die Hilfsarbeiter, also die ungelerten Arbeitskräfte in die Organisationen aufzunehmen, wurde zunächst nicht für notwendig gehalten. Deswegen dachte auch nahezu niemand daran, die Arbeiterinnen zu organisieren.

Das hatte seinen Grund in den Verhältnissen, die im früheren Jahren für das Erwerbaleben Geltung hatten. Die handwerkliche Produktion war noch nicht allzusehr der technischen gewichen, die eine Arbeitsteilung bis ins Kleinste eingeführt hat und Maschinen und ungelerte Arbeiterkräfte in großer Zahl verwendet. Die geleerten Arbeiter bildeten die Mehrzahl der in den Betrieben überhaupt beschäftigten Personen. Berufe, in denen überwiegend ungelerte Arbeitskräfte tätig sein konnten, gab es nur wenig. Es war also gar kein Wunder, daß die Organisationsbestrebungen zunächst nur die geleerten Arbeiter erfasste.

Kreuzlich ändern sich die Berufsverhältnisse sehr schnell. Die Arbeitererschaft hat ihren Einzug in immer mehr Berufe und Betriebe und mit ihr und der Anwendung modernster Kräfte, Dampf, Gas und Elektrizität, auch die ungelerte Arbeitskraft von Männern und Frauen.

Namentlich die letzteren wurden, wo sie Beschäftigung fanden, fast ausschließlich als ungelerte Arbeiter verwendet. Dies ist in der Mehrzahl ja auch heute noch der Fall.

Das lag daran, daß weibliche Arbeitskräfte zunächst und lange Jahre hindurch nur in Berufe Eingang fanden, die durch die industrielle Entwicklung entweder neu geschaffen oder doch stark geändert worden waren. Die Berufe, in denen eine Veränderung der Produktionsmethode nicht in erheblichem Maße vorgekommen ist, weisen auch heute Frauen nur in geringer Zahl als Arbeitskräfte auf.

Gewerbliche Frauenarbeit ist eine Folge der industriellen Entwicklung Deutschlands. Noch in den siebziger Jahren war Deutschland überwiegend Agrarstaat. Heute ist die Mehrzahl der arbeitenden Bevölkerung in der Industrie beschäftigt. Dadurch und durch die Umwandlung der Arbeitsmethode hat die ungelerte Arbeitskraft und die Frauenarbeit erst für die Industrie und die in ihr tätige Arbeitererschaft Bedeutung erlangt. Als die Organisationsbestrebungen einsetzten, war diese Entwicklung noch nicht voraussehbar. Den meisten kam sie auch nicht zum Bewußtsein, weil die arbeitende Bevölkerung damals noch nicht auf der geistigen Höhe stand, zu der sie sich inzwischen durch ihre Organisationen emporgehoben hat und ihr Hilfsmittel zu ihrer Velehrung nicht in dem Umfange zur Verfügung standen, wie es heute der Fall ist. Daher erklärt es sich, daß zunächst wenig Wert darauf gelegt wurde, auch die ungelerten Arbeiter und Arbeiterinnen in die Berufsverbände aufzunehmen. Zwar sind Anfänge für die Zusammenfassung auch dieser Kräfte bereits in den siebziger Jahren zu beobachten, sie wurden aber nicht wesentlich unterstützt und blieben deshalb zunächst ohne nennenswerte Bedeutung.

Auf die Dauer konnten freilich die Organisationen nicht auf die Mithilfe der ungelerten Arbeitskräfte bei ihren Kämpfen um wirtschaftliche Besserstellung der Arbeiterschaft verzichten. Die Erkenntnis von der Bedeutung dieser Arbeitskräfte brach sich aber nur langsam Bahn. Die Zubilaumsnummer der Fachzeitung des Fabrikarbeiterverbandes gibt Beispiele dafür, wie ungelerte Arbeiter, die sich organisieren wollten, hin und her geschoben wurden, weil kein Verband sie haben wollte. Noch viel schlimmer erging es den weiblichen Arbeitskräften. Diese sah man überhaupt nicht für voll an. Frauenarbeit außerhalb der Häuslichkeit hielt die Arbeiterschaft für schädlich, weil sie löhndrückend wirkte. Sie glaubte sich gegen sie dadurch schützen zu können, daß sie die Frauenarbeit bekämpfte. Die Kräfte, die die Frauen zur Erwerbsarbeit außerhalb des Hauses zwangen, ließen sich dadurch aber nicht hängen. Sie waren stärker als alle Wünsche und Forderungen auf Abschaffung oder Einschränkung der Frauenarbeit, und sie haben es dahin gebracht, daß 1907 bereits über anderthalb Millionen Fabrikarbeiterinnen in Deutschland gezählt wurden. Neber ein Drittel der gesamten weiblichen Bevölkerung ist heute erwerbstätig.

Die veränderte Situation auf wirtschaftlichem Gebiete mußte aber dazu führen, daß, wenn auch langsam, die Bedeutung der ungelerten Arbeit für die Erwerbverhältnisse erkannt wurde. So wurden denn, zunächst natürlich vereinzelt, Versuche zu ihrer Organisation gemacht, auch Frauenorganisationen entstanden, bis schließlich im Jahre 1890 von Hannover aus die Organisationsversuche energisch in die Wege geleitet wurden. Es bestand die Absicht, alle ungelerten Arbeitskräfte in einer Organisation zu vereinigen. Dieser Plan ist aber nicht verwirklicht worden. Sämtliche Berufsverbände nehmen seit einer Reihe von Jahren auch ungelerte Arbeiter als Mitglieder auf. Eine Ausnahme bildet nur der Verband deutscher Buchdrucker. Für die ungelerten Hilfskräfte dieses Berufs besteht aber eine besondere Organisation.

Der Fabrikarbeiterverband setzt sich aber doch zum größten Teil aus ungelerten Arbeitskräften zusammen. Sein Rekrutierungsgebiet sind in der Hauptsache die Betriebe der chemischen Industrie. Es bleibt aber das Verdienst der Verbandsgründer, zu einer Zeit, als die ungelerte Arbeitskraft von den geleerten Arbeitern noch nicht allgemein als vollwertig angesehen wurde, in aller Öffentlichkeit bewiesen zu haben, daß auch diese Kräfte zusammengefaßt werden müssen, wenn die arbeitende Bevölkerung Einfluß auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen gewinnen will.

Interessant ist, daß ein Tagesordnungspunkt der Gründungskonferenz lautete: „Frauen- und Kinderarbeit und deren Einfluß auf die wirtschaftlichen Verhältnisse der Arbeiter“. Die Frauenerwerbsarbeit spielte damals also schon eine erhebliche Rolle. Dennoch kam der Fabrikarbeiterverband erst zwei Jahre nach seiner Gründung dazu, auch weibliche Mitglieder aufzunehmen. Damals waren in Deutschland viereinhalf Tausend Arbeiterinnen in den Gewerkschaften vereint, die bereits 237 000 Mitglieder zählten. Die Zahl der organisierten Arbeiterinnen hat sich bis zum Kriegsbeginn auf über 221 000 erhöht, die 32 Zentralverbänden angehört. Auf den Fabrikarbeiterverband entfielen davon rund 26 000 weibliche Mitglieder.

Heute denkt keine Berufsgruppe mehr daran, die ungelerten Arbeitskräfte unorganisiert zu lassen. Ebenso nehmen alle Verbände, für deren Berufe Frauenarbeit in erheblichem Maße in Frage kommt, weibliche Mitglieder auf. Diese Betätigung ist die Folge der in zwangiger bis dreißigjähriger Organisationsarbeit gemachten Erfahrungen, daß nur die organisierte Zusammenfassung aller Arbeitskräfte einflussreiche Bedeutung im Wirtschaftsleben erlangen kann.

Dem Fabrikarbeiterverband bleibt das Verdienst, hierzu einen ganz erheblichen Anstoß gegeben zu haben. Auch die Beitreibungen zur Organisation der Arbeiterinnen sind durch seine Gründung wesentlich unterstützt worden.

Erst in den neunziger Jahren setzte dann allgemein die Agitationsarbeit zur Gewinnung der Arbeiterinnen für die wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiterschaft lebhaft ein. Sie wurden erklert durch die politischen Zustände, die den Frauen den Beitritt in politische Verbände verboten. Dadurch ist wiederholt auch die gewerkschaftliche Agitationsarbeit geschädigt worden. Der Erfolg der Werbearbeit blieb denn auch nicht aus. Bis zum Kriegsbeginn stieg die Zahl der weiblichen Mitglieder auf nahezu 9 pZt. der überhaupt in den Gewerkschaften vereinigten Arbeiter und Arbeiterinnen. Wenn auch der Krieg ein Zurückgehen der Mitgliederziffern veranlaßt hat, so ist doch bestimmt

darauf zu rechnen, daß nach seiner Beendigung wieder andere Zustände eintreten werden.

Wir wissen, daß es möglich sein wird, die Schwierigkeiten zu überwinden, die der Organisation der Arbeiterinnen noch im Wege stehen.

Von unsern Kollegen im Felde.

Der Kollege Karl Nahrung aus Ehrba, Billa Marburg, erhielt wegen Tapferkeit das Eiserne Kreuz und der Kollege Ludwig W e g n e r wurde zum Unteroffizier befördert.

Aus Unternehmerkreisen.

Ueber mangelnden Handwerternachwuchs insolge des Krieges wird in Göttingen geflagt. „Der Krieg hat so wird her in Göttingen erscheinenden Tagespresse geschrieben, in den Reihen der selbständigen Handwerker wie der Gesellen schon recht empfindliche Lücken gerissen und mancher Betrieb ist bereits eingestellt worden. Arg gelichtet sind auch die Reihen der Lehrlinge, zumal im Baugewerbe und verwandten Gewerben, die sich inzwischen anderer, zum Teil sogar recht lohnender Beschäftigung zugewandt haben. Auch in andern Handwerkszweigen ist durch den Krieg die Aufnahmefähigkeit für Lehrlinge stark herabgemindert, was zur Folge hat, daß sich viele junge Leute den ungelerten Berufen zuwenden. Schon jetzt sind recht viele Eltern darauf angewiesen, daß die aus der Schule entlassenen Kinder etwas verdienen, um zu den gewaltig gestiegenen Kosten des Lebensunterhaltes ihr Teil mit beizutragen. Von diesem Gesichtspunkte aus betrachtet, ist die Industrie in bezug auf die Lehrlingshaltung ein besonders scharfer Konkurrent des Handwerks, jaßt sie doch nicht nur den jungen Leuten sofort einen geringen Verdienst, sondern gewährt ihnen auch eine geregelte Arbeitszeit, was im Handwerk vielfach vermischt wird. Wenn das Handwerk, das nach dem Kriege sicherlich auf Jahre hinaus auskömmlich beschäftigt sein wird, sich einen ausdehrenden und tüchtigen Handwerternachwuchs heranzubilden will, wird es sich nicht zum wenigsten auch im eigenen Interesse dazu entschließen müssen, den Lehrlingen eine gewisse Entlohnung für ihre Tätigkeit zuzusichern.“

Es ist recht erfreulich, daß man in Handwerkerkreisen nun endlich zu der Einsicht gelangt, daß die Lehrlingsausbeutung auf die Dauer dem Handwerk selbst gefährlich wird.

Gewerkschaftliches.

Zur Verständigung unter den verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen. In dem soeben erschienenen Jahresbericht für 1914 des Ausschusses des Gesamtverbandes christlicher Gewerkschaften wird auf die gemeinschaftliche Gewerkschaftsarbeit während des Krieges hingewiesen. In den Bestrebungen zur Errichtung eines Einigungsamtes im Bergbau seien „die zwei besonders bitter verfeindeten Gewerkschaftsverbände“ wieder zusammengebracht worden; ferner seien gemeinsame Eingaben zur gesetzlichen Regelung des Arbeitsnachweises erfolgt. Dann heißt es:

„Die christlichen Gewerkschaften sind nach wie vor bereit, in praktischen Fragen von Fall zu Fall mit den übrigen Richtungen zusammenzugehen. Es steht außer allem Zweifel, daß es solche praktischen Fragen immer, und zwar auch solche von größter Bedeutung, geben wird. Der Friedensschluß und die erste Zeit nach demselben dürften in dieser Hinsicht sogar besonders ergiebig sein. Die unbedingte und unerlässliche Voraussetzung ist aber, daß der Gegenstand der Gemeinschaftsarbeit immer eine Frage rein gewerkschaftlich-sachlicher Natur sein und von allen Beteiligten als solche behandelt werden muß und keine andersartigen Fragen im Hintergrunde lauern dürfen.“

An einer andern Stelle des Berichtes heißt es: „Es wird eine der ersten Aufgaben der Arbeiterorganisation sein, wenn einmal der Friede da ist, sich die volle Einordnung der Arbeiterklasse in den staatlichen und sozialen Organismus zu erkämpfen, wenn sie ihr nicht, was wir allerdings nach den Erfahrungen des Krieges immer noch hoffen, freiwillig eingeräumt wird.“

Abgewinkt. Die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“ machte kürzlich den Vorschlag, zu den geplanten Gemeinschaftsarbeiten der verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen nach dem Kriege auch die gelben Werkherrn heranzuziehen. Dann erst könne man, so meinte das Unternehmernorgan, „zu einem reinen Genuß solcher Einigkeit“ gelangen. Soweit wir orientiert sind, lehnt man innerhalb der freien Gewerkschaften aus bekannten Gründen ein Zusammenwirken mit den Gelben ab. Auch in christlichen Gewerkschaftskreisen hat man Selbstbewußtsein und gewerkschaftliches Ehrgefühl genug, die Gelben von sich zu weisen. So schreibt die „Westdeutsche Arbeiterzeitung“ in ihrer Nr. 24 in einer längeren Abhandlung:

„Wir glauben nicht an die Möglichkeit einer Einbeziehung der sogenannten „Wirtschaftsfriedlichen“. Was auch immer nach dem Kriege werden mag, unsere Arbeiterorganisationen werden selbständige und unabhängige Interessenvertretungen der Lohnarbeiter sein und bleiben müssen. Darin können sie nicht unterlernen. Einen rücksichtslosen „Klassenegoismus“ predigen wir nicht; davor schreckt uns schon das böse Beispiel so mancher Kreise der Produktion und des Handels mit Lebensmitteln in der Kriegszeit! Die Wahrung und Vertretung der Lohnarbeiterinteressen im Arbeitsvertrag und auch zu einem Teil in Staat und Gesellschaft kann nicht in Händen Augenstehender oder gar Andersinteressierter liegen; sie kann und muß das Werk der Arbeiter selbst sein.“

Die Hirsch-Dunkerischen Gewerksvereine dürften kaum eine andere Stellung einnehmen als die beiden andern Gewerkschaftsrichtungen. Damit ist den Unternehmernschuppen abgewinkt. Es steht in der deutschen Arbeiterschaft doch viel Solidaritäts- und Ehrgefühl! Daß dies aber auch nötig ist, zeigt die Tatsache, daß die Gelben offen erklären, die Bewegungen der Gewerkschaften zur sozialen und wirtschaftlichen Hebung der Arbeiterklasse auch nach dem Kriege

durchkreuzen zu wollen. Das wurde noch am 30. Mai in einer gelben Werkereinsversammlung der Zeche „Sachsen“ deutlich genug ausgesprochen. Und wer die gelben Organe liest, findet in diesen gleichfalls genug Belege dafür.

Arbeiterversicherung.

Verlust der freiwilligen Mitgliedschaft bei einer Krankenkasse durch zweimalige Nichtzahlung der Beiträge. Bekanntlich legen viele aus ihrer Beschäftigung ausscheidende Mitglieder von Krankenkassen erheblichen Wert darauf, den Kassen als freiwillige Mitglieder weiter anzugehören. Welche Sorgfalt sie indessen anzuwenden haben, um ihrer Ansprüche gegen die Kassen nicht verlustig zu gehen, lehrt unter anderem folgender Fall:

In dem Statut einer Krankenkasse wird gemäß § 814 der Reichsversicherungsordnung ausdrücklich bestimmt, daß die Mitgliedschaft versicherungsberechtigter Mitglieder erlischt, wenn sie zweimal nacheinander am Zahltag die Beiträge nicht entrichten und seit dem ersten dieser Tage mindestens vier Wochen vergangen sind. Eine Frau, die der Kasse als freiwilliges Mitglied angehörte, hatte nun zweimal nacheinander die Beiträge nicht entrichtet und war infolgedessen aus der Kasse ausgeschlossen worden. Sie führte Beschwerde gegen diesen Beschluß und beantragte die Festsetzung, daß sie nicht aus der Kasse ausgeschlossen sei. Der Kassenvorstand sei nur einmal bei ihr gewesen; da sie verreist war, sei sie nicht in der Lage gewesen, zu bezahlen. Später, nach ihrer Rückkehr von der Reise, habe der Vorsteher nicht wieder bei ihr vorgeschritten, trotzdem er sonst regelmäßig die Beiträge abgeholt habe.

Das Versicherungsamt Schwerin hat indessen dahin erkannt, daß die Ausschließung der Antragstellerin berechnungsmäßig vorgenommen sei.

Die Zahltag für die Beiträge der Versicherungsberechtigten sind sachungsgemäß festgelegt, so heißt es in den Statuten, und es kann keine Rede davon sein, daß der Vorstand der Kasse durch die Einholung der Beiträge nach Ablauf des Zahltages eine stillschweigende Stundung bis zu dieser Einholung gewährt. Trotzdem wird man den strengen Wortlaut des Gesetzes einer Einschränkung unterwerfen müssen. Die Krankenkasse ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts, und der ihr gegenüberstehende Versicherungspflichtige muß daher verlangen können, daß sie ihm gegenüber nach Treu und Glauben verfährt. Im vorliegenden Falle würde die Kasse sich eines Verstoßes nach dieser Richtung hin nur dann schuldig gemacht haben, wenn der Kassenvorstand ohne Grund die Abholung der Beiträge für den zweiten der beiden rückständigen Monate unterlassen hätte. Das trifft indessen nicht zu, vielmehr war das Fortbleiben des Kassenvorstandes durchaus begründet, da er die Beiträge für den ersten Monat vergeblich abzuholen versucht hatte und nicht wissen konnte, wann die Antragstellerin von ihrer Reise zurückkehren würde und ihm nicht zugemutet werden konnte, wiederholt vergeblich die Antragstellerin aufzusuchen. Die Antragstellerin hätte bei Anwendung einiger Sorgfalt allen unangenehmen Folgen vorbeugen können, indem sie die Kasse von ihrer Reise benachrichtigte. Es kann der Kasse nicht angelastet werden, gegen Mitglieder Nachsicht zu üben, die es ihrerseits der Kasse gegenüber an Sorgfalt fehlen lassen. Die Kasse verfährt somit in einem Falle wie dem vorliegenden nicht gegen Treu und Glauben, wenn sie, unter Berufung auf die Nichtzahlung der Beiträge innerhalb der vorgeschriebenen Frist, die Frau aus der Krankenkasse ausschließt. (Versicherungsamt Schwerin, 11. XII. 14. Entscheidung vom 11. Dezember 1914.)

Sozialpolitisches.

Nehmt Euch der Jugend an! In den Jugend- und Sportvereinen der Arbeiterklasse fehlen jetzt in erschreckendem Maße die älteren Männer, die führend und leitend die Bewegung in den richtigen Bahnen halten. Fast alle tätigen Männer hat der Krieg aus ihrem Wirkungskreis gerissen, und für Ersatz konnte in der letzten Zeit nicht mehr ausreichend gesorgt werden. Besonders schwer sind davon unsere Arbeiter-Turnvereine betroffen worden, ihnen fehlen die Turnwarte und Vorturner. Der erzieherische Einfluß, den sonst die alten Genossen auf die Jugend ausübten, ist nicht mehr vorhanden. Die Folge ist eine teilweise Verwilderung, zumal auch die Furcht des Elternhauses durch den Krieg stark beeinträchtigt worden ist. Die wenigen zurückgebliebenen Genossen in den Vereinen stehen einer so schweren Arbeitslast gegenüber, daß sie sich genötigt sehen, die früher in den Vereinen tätig gewesenen Genossen um Mithilfe zu bitten. Ganz besonders rufen sie diese Bitte an die älteren Genossen, die noch Mitglieder der Vereine sind, seit Kriegsausbruch sich aber ferngehalten haben. Die Erziehung unserer Jugend ist gerade jetzt wichtiger als je, deshalb sollte die Bitte der Genossen nicht ungehört verhallen. Arbeiter-Turnerbund, Leipzig, Fichtestraße 36.

Preiserhöhung für Braunkohle. Am 15. Juni erschien in der „Rhein-Westfäl. Zig.“ eine Notiz, wonach in Uebereinstimmung mit den andern Bergbaubezirken nun auch für den mitteldeutschen Braunkohlenbezirk eine Preiserhöhung von M 1 für die Tonne und für alle Formate durchgeführt werden soll mit Wirkung vom selben Tage. Nach dem Wortlaut dieser Notiz muß angenommen werden, daß nicht nur im mitteldeutschen Braunkohlengebiet, sondern auch in allen andern eine solche Preiserhöhung entweder durchgeführt oder geplant ist.

Diese Preiserhöhung kann man durchaus nicht als gerechtfertigt anerkennen. Sie bedeutet, allgemein durchgeführt, eine ungeheure Belastung der Konsumenten, unter denen sich viele arme und arme Familien befinden. Betrug doch die Förderung an Braunkohlen in Deutschland im Jahre 1914 83 946 906 Tonnen, so daß eine Mehrbelastung der Konsumenten von fast 84 Millionen Mark herauskommt, die auf der andern Seite für die Unternehmer ebensoviel Mehrgewinn bedeuten. Dabei geht aus den Berichten der Braunkohlenwerke hervor, daß die augenblickliche Geschäftslage trotz des Krieges gut ist. Das ergibt sich auch aus den Förderungsabgaben, aus denen hervorgeht, daß die Förderförderung im Jahre 1914 nur 3 165 437 Tonnen beträgt.

Wenn in den Berichten gesagt wird, daß bei weiteren Lohnerhöhungen mit weiteren Preisaufschlägen gerechnet werden muß, so wäre eine derartige Maßnahme durchaus nicht begründet. Die Leistungen der Bergarbeiter im Braunkohlenbergbau sind gemäßigter gestiegen. So betrug die Förderung pro Kopf der Belegschaft im

| | | |
|--|-----------------|-----------------|
| Oberbergamtsbezirk Halle | 2. Quartal 1914 | 4. Quartal 1914 |
| Halle | 254 t | 305 t |
| Hann. | 400 „ | 464 „ |
| Der durchschnittliche Schichtverdienst betrug dagegen im | | |
| Oberbergamtsbezirk Halle | 2. Quartal 1914 | 4. Quartal 1914 |
| Halle | M. 3,74 | M. 3,78 |
| Hann. | „ 4,25 | „ 4,20 |

Bei bedeutend erhöhter Leistung ist also der Verdienst noch gesunken. Wenn nun auch in diesem Jahre teilweise Teuerungszulagen von 20 bis 50 % pro Schicht gewährt wurden, so kann damit der Preisaufschlag angesichts der erheblichen Mehrleistung der Arbeiter nicht gerechtfertigt werden. Wir gehen absolut nicht fehl, wenn wir behaupten, daß die gewährten Teuerungszulagen durch die Mehrleistung mindestens aufgehoben werden. Im übrigen hat das Jahr 1914 ganz ansehnliche Gewinne gebracht, wie aus nachstehender Tabelle ersichtlich ist, wobei wir den Rohgewinn einstellen, weil die gezahlte Dividende angesichts der vorsichtigen Dividendenpolitik keine richtige Uebersicht ermöglicht. So betrug der Rohgewinn:

| | | |
|---------------------------------------|-----------|-------------|
| | 1913 | 1914 |
| Brudorf-Mittelbener Bergbauverein | 328 412 | 884 985 1 |
| Friedensgrube Meuselwitz | 86 886 | 88 826 2 |
| Golpa-Zeitz | 141 216 | 171 914 2 |
| Halle'sche Pannierschaft | 1 012 787 | 1 226 884 1 |
| Leipziger Braunkohlenwerke | 866 125 | 321 742 1 |
| Preßlitzer Braunkohlen-Wkt.-Ges. | 419 182 | 424 246 1 |
| Riebeckische Montanwerke | 8 274 465 | 8 809 898 2 |
| Werschen-Weißenseiler Braunk.-Wkt.-G. | 2 820 266 | 2 785 104 2 |
| Niederlausitzer Kohlenwerke | 4 860 000 | 5 500 000 2 |

Auch die gezahlten Dividenden bewegen sich durchaus auf ziemlich hoher Höhe, wie folgende Aufstellung beweist. Es zahlten für das Jahr 1914:

| | |
|---|----------------------|
| Berggeist Brühl | 17 1/2 pSt. |
| Braunschweigische Kohlenwerke | 12 „ |
| Konsolidiertes Braunkohlenwerk Caroline | 20 „ |
| Eintracht (Neu-Weitzow) | 24 „ |
| Harbter Kohlenwerke | 10 „ |
| Braunkohlen-Abbauverein | auf Priorität 14 „ |
| Zum Fortschritt (Meuselwitz) | auf Stammaktien 10 „ |
| Greppiner Werke | 10 „ |
| Alte | 26 „ |
| Leopold (Erdert) | 7 1/2 „ |
| Möncheberg (Srhinghausen) | 10 „ |
| Knobbergrube | 14 „ |

Es hat demnach den Anschein, als ob bei den Braunkohlengrubenbesitzern das Klagen zum Handwerk gehörte. Die Ueberschüsse ermöglichen den Werken ganz zweifellos, in etwas reichem Maße den Forderungen der Bergarbeiter entgegenzukommen, als es bis jetzt geschehen ist, ohne gleich das konsumierende Publikum mit Preis-erhöhungen zu belasten.

Vom guten Leben der Arbeiterinnen und Kriegerfrauen.

Zweifellos hat der Krieg für eine ganze Reihe Arbeiter und Arbeiterinnen bessere Verdienste gebracht als vorher erreicht worden sind. Man denke zum Beispiel an die Kriegslöhne in einigen Zweigen der Metallbranche und der Sattlerei. Ganz falsch aber ist es, zu glauben, daß alle in diesen Berufen beschäftigten Personen M 150 und mehr pro Woche verdienen haben, wie es vereinzelt einige Zeit in der Sattlerei vorgekommen ist. Solche seltenen Erscheinungen erwecken natürlich das Interesse weiterer Kreise, und so ist es zu erklären, daß man häufig der Ansicht begegnet, die Arbeiter und Arbeiterinnen verdienen sämtlich in der Kriegszeit mehr als in Friedenszeiten. Das ist nicht der Fall. Vor allen Dingen hatten die Arbeiterinnen nur selten Gelegenheit zu höherem Verdienst. Nicht alle Betriebe können für den Heeresbedarf arbeiten, wo meist bessere Löhne gezahlt werden, als sonst üblich sind. In vielen Berufen war wenig oder gar nichts zu tun, und die Arbeiterinnen mußten aussetzen oder sie wurden entlassen. Die Männer fanden eher wo anders Beschäftigung als die Frauen. In Berlin gibt es heute noch ungeheuer viel Frauen und Mädchen, die sich bei anstrengender und fleißiger Arbeit mit Wochenverdiensten von M 10 und M 12 begnügen müssen, die schon in normalen Zeiten kein glänzendes Leben ermöglichten, bei der gegenwärtigen Teuerung aber gar nicht ausreichen wollen. Von den Hausangestellten arbeiten noch immer eine ganze Reihe bei verfürtem Lohn oder nur gegen Wohnung und Kost.

Wären die wirtschaftlichen Verhältnisse der Arbeiterinnen wirklich so gut, wie man es häufig von außerhalb der Arbeiterklasse stehenden Leuten hört, es würden sich schließlich Frauen finden, die zu billigem Lohn als Aufwärterinnen, Fensterputzerinnen, Mülltransportarbeiterinnen oder Straßenbahnkassenerinnen (für 35 J pro Stunde bei Wind und Wetter) ihre nicht leichte Arbeit verrichten. Man sollte sich also hüten, Einzelerscheinungen auf die Verhältnisse der großen Masse zu übertragen und daraus Schlüsse zu ziehen, die mit der Wirklichkeit durchaus nicht übereinstimmen. Es ist an den guten Löhnen der Arbeiterinnen nämlich genau so viel und so wenig Wahres daran, als an dem Gerede über die fuchensessenden Kriegerfrauen. Immer wieder hört und liest man auch davon. Es wäre unrecht, nicht zugeben zu wollen, daß es Kriegerfrauen gibt, die die Wirtschaft vernachlässigen und sich und die Kinder lieber mit billigem Kuchen sattmachen, als sich der Mühe unterziehen, etwas Nahrhaftes zu kochen. Bilden diese Frauen aber wirklich die Mehrheit in der großen Zahl der Kriegerfrauen? Das muß ganz entschieden verneint werden. Es gibt in jeder Gesellschaftsschicht unter den Männern und Frauen Leute, die es mit ihren Pflichten gegen sich und andere nicht ernst nehmen. Auch die Gruppe der Kriegerfrauen bildet natürlich keine Ausnahme. Außerdem aber sollte man bedenken, daß schwache Charaktere leicht mutlos und gleichgültig gegen alles werden.

wenn Kummer und Sorgen auf sie drücken. Welche Kriegerfrau aber bleibt von diesen verschont? Monatelang schon warten viele von ihnen in banger Unruhe Tag und Nacht auf Nachricht von draußen, wo jede Minute Tod und Verderben für ihre Angehörigen bringen kann. Kommt dann ein Brief mit guter Nachricht, so bringt er zwar vorübergehend etwas Freude und Lebenshoffnung, gleichzeitig aber wieder die bange Frage nach dem augenblicklichen Schicksal. Nicht jeder Mensch ist in solchen Situationen so stark und innerlich gesund, in der Erfüllung ernster und schwerer Aufgaben Vergessen für diese Einbrüche zu suchen.

Das sollten alle bedenken, die selbst fern vom Schutze über die „leichtsinnigen und gewissenlosen“ Kriegerfrauen den Stab brechen, viellecht selber bei Ruhen mit Schlaglahne. In bewegten Zeiten finden übertriebene Angaben leicht Gehör und Verbreitung. Man denke nur an die „ausgestochenen Augen“ und sonstigen Greuel, die in den ersten Kriegsmochen so beliebte Gesprächsthemen bildeten. Den gleichen Wert hat das Geschrei über die gute Zeit der Arbeiterinnen und der Kriegerfrauen. Versuchen wir, ehe wir urteilen und Einzelsfälle verallgemeinern, diesen auf den Grund zu gehen, so werden wir einen Einblick gewinnen in die wirtschaftlichen Verhältnisse der Arbeiterinnen und das Leben der Kriegerfrauen und manchen Fingerzeig erhalten für unsere gegenwärtige und zukünftige gemeinsame Arbeit.

Genossenschaftliches.

Wie man im Ausland über die deutsche Konsumvereinsbewegung urteilt. Die „Zürcher Post“ schreibt:

„Die Hauptaufmerksamkeit in wirtschaftlicher Beziehung muß jetzt auf die Lebensmittelversorgung Deutschlands gerichtet sein. Nicht als ob dieser Sorge um eine genügende Menge von Lebensmitteln zu haben braucht, es handelte sich nur um eine brauchbare Verteilung und um eine annehmbare und wirksame öffentliche Preispolitik. In dieser Hinsicht sind die Beschlüsse des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine in Frankfurt (Main) besonders beachtenswert. Sie verlangen eine Preisfestsetzung aller Marktstadien von der ersten Produktion aus bis zum letzten Verkaufsvorgang. Ferner verlangen sie eine Uebernahme eines Teiles der Versorgungskosten durch das Reich, weil sie mit Recht der Ansicht sind, daß die wirtschaftliche Regelung mit zur Kriegsführung gehöre. Auch in anderer Beziehung sind die Beschlüsse des Zentralverbandes der Konsumvereine höchst bemerkenswert. Die Tagung in Frankfurt (Main) gehört mit zu den wichtigsten wirtschaftlichen Ereignissen des Krieges.“

Die Konsumenten können daraus ersehen, daß die Tätigkeit, welche ihre Zentralorganisation in ihrem Interesse ausübt, auch von Außenstehenden als überaus wertvoll anerkannt wird.

Vom Ausland.

Ueber englische Maler-Verhältnisse.

Die britischen Maler berichten am 20. April an die amerikanische Zeitschrift „Painter and Decorator“, daß die Arbeitslosigkeit in England in den letzten beiden Monaten bis zu einem nie dagewesenen Grad zurückgegangen sei. In den gegen Arbeitslosigkeit obligatorisch versicherten Gewerben, zum Beispiel Koch- und Tiefbau, Schiffs- und Waggonbau, betrug der Prozentsatz der Arbeitslosigkeit am 1. April 1,40 pSt. gegenüber 1,66 pSt. im März und 3,51 pSt. im April 1914. Diese Zahlen gelten für alle Zwangsversicherten im Vereinigten Königreich. Auch in den nicht versicherten Gewerben verhält es sich ähnlich. Es ist tatsächlich eine ungeheure Nachfrage nach Arbeitskräften, die sich übrigens am wenigsten auf das Malergewerbe bezieht, das schlechte Zeiten gehabt hat. Indessen sind von den arbeitslosen Malern viele in andere Berufe übergegangen, hauptsächlich in die Munitionsfabrikation, wie überhaupt die enorme Nachfrage nach Kriegsbedarf den Mangel an der Arbeitslosigkeit erklärt. Wer Arbeit haben will, ist sicher, sie in der Munitionsfabrikation zu finden, in der unausgeseht mit vierzehnstündigen Arbeitstagen, einschließlich der Sonntage, gearbeitet wird. Die Gewerkschaftsregeln sind für die Dauer des Krieges aufgehoben. Die Regierung hat einen öffentlichen Aufruf nach Frauenarbeit erlassen, auf den hin sich 50 000 arbeitslose Frauen gemeldet haben, die zum großen Teil angelernt sind. Auch sonst sind Frauen in vielen Betrieben angestellt worden, die bis jetzt der Männerarbeit vorbehalten waren.

Ein Hauptereignis dieser letzten Monate war die Alkoholbewegung. Sie setzte ein nach einem Besuch einer Abordnung von industriellen Vertretern, hauptsächlich des Schiffs- und Maschinenbaues, beim Kanzler. Diese Fabrikanten behaupteten, daß für die unbefriedigenden Munitionslieferungen die Arbeiterklasse verantwortlich zu machen wäre, die ihre erhöhten Löhne in Alkohol umsetzte, unregelmäßig zur Arbeit komme und möglichst häufige Feiertage mache. Die führenden Gewerkschaften erhoben starken Protest gegen diese Anschuldigung und wiesen darauf hin, daß wenn tatsächlich Trunksucht und Reizung zum Müßiggang beobachtet worden wäre, sie das zu Leute beschränkt gefunden hätten, die vorher schon derartigen Reizungen frönten. Es könne zwar tatsächlich nicht geleugnet werden, daß ein gewisser Nachschub in der Produktionsfähigkeit und eine Reizung zu häufigen Feiertagen beobachtet werden kann. Indessen wäre der Grund dafür die Erschlaffung nach einer monatelangen, nicht einmal durch den Sonntag unterbrochenen ungeheuren Anspannung der vierzehnstündigen Arbeitstage. Trotzdem ist die Temperenzbewegung stark im Zunehmen begriffen und fördert namentlich in den Distrikten der Munitionsfabrikation ein absolutes Verbot des Alkoholverkaufes. Man spricht davon, daß die Regierung ein Alkoholmonopol plant und für ungeheure Summen die ganze Industrie aufzulaufen beabsichtigt.

Aus allen Gegenden des Königreiches wird berichtet, daß die Maler eine der ungeheuren Teuerung der Lebensmittel entsprechende Lohnerhöhung verzeichnen konnten. In Belfast hat die Meistervereinigung den organisierten

Schiffs- und Hausmalern in einer gemeinsamen Versammlung vorgeschlagen, den Arbeitstag um 7 1/2 Uhr statt um 6 Uhr anzufangen und mit einer Mittagspause, und außerdem eine Erhöhung von 5 3/4 pro Stunde. Das würde angeht die Verkürzung der Arbeitsstunden heißen, daß der Wochenlohn mit M 38 keine Erhöhung erfährt. Bis jetzt waren die Arbeiter gegen den Arbeitstag mit nur einer Pause und zogen den frühen Anfang mit zwei Pausen für Frühstück und Mittagessen vor. Nach langer Diskussion wurde indessen das Angebot der Meister angenommen. In Kenilworth wurde im März eine Versammlung von Meistern und Angestellten abgehalten. Die Angestellten hatten eine Erhöhung des Stundenlohnes von 60 3/4 auf 75 3/4 verlangt. Die Meister boten nur 18 Cents = 65 3/4. Sie erkannten zwar an, daß die Maurer 18 Cents erhielten und durchschnittlich 2 Cents pro Stunde mehr als die Maler bekämen, weil sie im allgemeinen mehr Zeit aufzubringen hätten, und die Tischler 17 1/2 Cents bekämen, daß diese aber ihrerseits teures Handwerkszeug zu stellen hätten. Sie warnten vor einer Erhöhung der Durchschnittslöhne, die nur eine Tendenz hätten, Anstellungen noch seltener zu machen. Die Angestellten wiesen darauf hin, daß in den letzten zehn Jahren der Durchschnitt des Malerlohnes im wesentlichen mit M 28 wöchentlich sich gleich geblieben sei, währenddem alle Lebensmittel enorm gestiegen seien. Schließlich setzte der Schiedsrichter durch, daß die Angestellten 17 Cents pro Stunde bekommen, was einen Unterschied von M 4,50 wöchentlich ausmacht, womit sich die Angestellten zufrieden gaben.

Im wesentlichen hat sich der Arbeitsmarkt der Maler gehoben. Die Gemeinden geben sich mit Eintritt des Sommers alle Mühe, möglichst viele Maler an öffentlichen Gebäuden zu beschäftigen. Eine Menge Rathhäuser, öffentliche Bibliotheken und Schulhäuser werden repariert.

Im allgemeinen sind Fortschritte in den Arbeitsbedingungen momentan eigentlich überall zu verzeichnen, wo es sich um kleine, unwesentliche Ansprüche handelt. Wo aber Forderungen gestellt werden, die einigermaßen der Forderung der Lebenshaltung und der dadurch bedingten teuren Lebenshaltung entsprechen, ist man leicht bereit, die Beschuldigung des Vaterlandsverrats zu erheben. Die Beschuldigung des Vaterlandsverrats wird aber immer nur auf die Arbeitnehmer angewandt, nicht auf die Arbeitgeber; die ganz enorme Profite machen. So verlangen jetzt die Minenarbeiter 20 pZt. Kriegszulage, die noch lange nicht für die allgemeine Erhöhung der Kosten für Lebenshaltung, etwa 30 pZt., auskommen. Die Besitzer verweigern die Zulage und es bleibt den Bergarbeitern nur der Streik übrig oder die Annahme des Angebots der Arbeitgeber.

Fachtechnisches.

- Patentschau.** Vom Patentbureau O. Krueger & Co., Dresden, Schloßstr. 2. Abschriften billigst. Auskünfte frei.
 Angemeldete Patente: Kl. 22 h. G. 41 923. Verfahren zur Herstellung von Harttauchlösungen. Wihl. Golombek, Spandau. Ang. 15. 6. 14. — Kl. 22 g. F. 38 957. Verfahren zur Herstellung von Entaustilfarben. Karl Jerder, Paard b. Neustadt (Pfalz). Ang. 30. 5. 14. — Kl. 75 b. B. 78 462. Verfahren zur Herstellung von keramischen Verzierungen auf Gold- oder Silbergrund. Germ. Barth, Dresden-Neugruna. Ang. 24. 10. 14.
 Angemeldete österreichische Patente: Kl. 22 d. A. 4948-14. Verfahren zum Wiedergewinnen zerfallener Farben, Lake und dergleichen. Paul Heinrich, Leipzig-Lindenau. Ang. 30. 5. 14.
 Angemeldete ungarische Patente: 1773. S. 7676. Verfahren zur Herstellung eines Kristallblauextraktes. Jolian Szekely u. Joltan Hunyadi, Budapest. Ang. 12. 10. 14.

Literarisches.

Wo steht der Hauptfeind? Von Konrad Hähnisch. Verlag der „Internationalen Korrespondenz“, Berlin-Karlshorst. 24 Seiten, 10 3/4. Durch alle Buchhandlungen, Kolporture und direkt vom Verlag zu beziehen. Ueber den Zweck der Schrift sagt der Verfasser im Vorwort: „Die Aufsätze sind eine verkürzte Wiedergabe einiger Artikel, die zuerst — zum Abdruck in der Tagespresse bestimmt — in der „F. K.“ erschienen waren. Sie sind Gelegenheitsarbeiten, und selbstverständlich weiß niemand besser als ich, daß sie das Thema: „Ursachen und Anlässe des Weltkrieges“ in keiner Weise erschöpfen. Wenn ich sie trotzdem hier in Gestalt herausgebe, so geschieht es, weil ich glaube, daß sie so ihrem Zweck noch besser zu dienen vermögen als beim bloßen Zeitungsabdruck. Dieser Zweck aber ist der Kampf gegen die verwirrenden Freiberereien der Parteiopposition, die in den letzten Wochen einen immer größeren Umfang angenommen haben. Der allgemeine politische Schaden dieser Freiberereien ist schon bedenklich genug — geradezu katastrophal aber ist ihre Wirkung auf die deutsche Arbeiterbewegung. Jeder, dem die Zukunft der Partei und der Gewerkschaften, jeder, dem die Sache des Sozialismus am Herzen liegt, muß im Kampfe gegen die Parteizerrörer an jenem Teile mitarbeiten. Dieser Aufgabe dienen auch die im übrigen völlig anspruchslosen Blätter.“

„In freien Stunden“ — ein neuer Halbjahresband. Der Schatz guter Erzählungsbücher, den unser Berliner Parteiverlag seit Jahren für das arbeitende Volk herrichtet, hat sich nun ein neues Stübchen vermehrt: Ueber 600 Seiten hat jetzt ein neuer Band der von Prejang redigierten Wochenschrift „In freien Stunden“ abgeschlossen vor, der 37. Halbjahresband.

Der Band enthält den großen geschichtlichen Roman aus dem deutschen Bauernkriege 1525: „Um die Freiheit“ von Robert Schweichel, reich mit Bildern geschmückt von Josef Zaubberger. Außerdem fand eine Reihe anderer Erzählungen darin Aufnahme, von denen wir nennen: „Sewastopol“, Novelle von Leo Tolstoj; „Das Bein“ von Heinrich Büchtemann; „Der verwundete Rheinländer“ von Dr. Gottlieb; „Undankbarkeit“, eine Fabel von Abraham a Sancta Clara; „Der Vater“, Novelle von Guy de Maupassant und vieles andere.

Und wer nach unterhaltendem Scherz verlangt, findet ebenfalls reichlich Stoff in diesem Bande. Wir freuen uns dieser Gabe, die den Blichereien in Verein und Haus willkommen sein mag. Sie ist ein Schmuck innen und außen und damit hoffentlich ein guter Werber auch für die Wochenschrift. Der Band kostet auf gutem Papier gedruckt in seinen gebunden M 4, der Halbfranzband M 5. Die Wochenschrift „In freien Stunden“ kostet 10 3/4 pro Heft. Alle Volksbuchhandlungen halten den Band vorrätig und nehmen Bestellungen auf die Zeitschrift entgegen.

„Kommunale Praxis.“ Wochenschrift für Kommunalpolitik und Gemeindefortschritt. Jede Woche ein Heft. Abonnements pro Quartal M 8. Einzelhefte 30 3/4 pro Exemplar. Bestellungen durch alle Postanstaltungen, Buchhandlungen Expeditionen sowie direkt beim Verlag Buchhandlung Vorwärts, Paul Singer & Co. m. b. H., Berlin SW 68. Soeben beginnt ein neues Quartal dieser von Dr. Albert Südekum redigierten Wochenschrift. In immer weitere Kreise bringt diese Zeitschrift und steht den Gemeindevertretern, Stadtverordneten, den städtischen Ehrenbeamten sowie allen sonstigen Kommunalpolitikern mit Rat und Tat zur Seite. Wer die „Kommunale Praxis“ noch nicht kennt, sollte jetzt unverzüglich ein Probeabonnement bestellen. Alle Interessenten des weiten Gebietes der Kommunalpolitik, die die „Kommunale Praxis“ einmal kennen gelernt haben, können sie heute nicht mehr entbehren.

Dokumente zum Weltkrieg 1914. Die Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68, hat nunmehr den dritten Teil des französischen Gelbbuches erscheinen lassen. Damit liegt das französische Gelbbuch vollständig vor. Der dritte Teil enthält die Aktenstücke von der Kriegserklärung Oesterreichs an Serbien bis zum Kriegsausbruch zwischen Frankreich und Deutschland. Darunter befinden sich also auch die Botschaft des Präsidenten Poincaré, die dieser in der Parlamentssitzung vom 4. August zur Verlesung brachte, und die Reden des Ministerpräsidenten Viviani aus der Sitzung der Deputiertenkammer vom 4. August 1914. Auch bei dem französischen Gelbbuch hat sich der Herausgeber, Genosse Eduard Bernstein, streng an das Programm gehalten und sich auf die getreue Wiedergabe der amtlichen Dokumente beschränkt. Ein Register erleichtert das Nachschlagen der Aktenstücke. Die drei Hefte, die das französische Gelbbuch umfaßt, kosten zusammen M 1. — Demnächst gelangt das italienische Gelbbuch zur Ausgabe.

Sterbetafel.

Posen. Am 10. Juli starb nach kurzer, schwerer Krankheit unser erstes und ältestes Mitglied, der Kollege **W d o l f J ü h l e** im Alter von 52 Jahren.
 Ehre seinem Andenken!

Vereinstell.

Bekanntmachungen.

Bericht der Hauptkasse vom 19. bis 24. Juli.

Eingefandt wurden für die Hauptkasse: Wilhelmshaven M 300, Hannover 1000, Bielefeld 150, Ingolstadt 18,85, Kirchberg 80, Gotha 150, München 400, Neuwied 16,92, Gotha 350, Landsberg 82,08, Liegnitz 100, Blauen 400, Stralsund 180, Thorn 45, Hamm 15, Schwewe 175,52, Stuttgart 200, Fürstenwalde 8,58, Graudenz 20, Cottbus 30, Konstantz 32,42, Rempten 32,37, Nürnberg 200, Hamburg 300, Sieben 23,57, Wschaffenburg 20, Eberswalde 28, Guben 40, Forst 45, Kolberg 45, Graudenz 45.

Material wurde versandt (B = Beitragsmarken, D = Duplikatmarken, E = Eintrittsmarken, F = Futterale, V = Vorkasse, K = Kalender): Nachen 200 B & 75 3/4, Brandenburg 600 B & 100, 800 B & 120. Chemnitz 2 K. Dessau 100 V & 50. Frankfurt a. d. O. 200 B & 70, 100 V & 50. Gotha 2 K. Hannover 4 K. Köslin 100 B & 80. Südenscheid 100 B & 80, 100 B & 100, 100 B & 120. Regensburg 100 B & 10 Saarbrücken 400 B & 80, 100 B & 100, 200 B & 120. Thorn 100 B & 115. Würzburg 400 B & 120, 1 K.

Duplikate wurden ausgestellt für die Kollegen:

| Name | Buch-Nr. | Besagt bis zur | Ort |
|------------------|----------|----------------|----------------------|
| Georg Andreß | 37704 | 16. Woche 1915 | Dresden |
| Wihl. Bach | 8128 | 84. | 1914 Wiesbaden |
| Wihl. Heilbecker | 11886 | 52. | 1914 Wiesbaden |
| Wihl. Heinrich | 26459 | 26. | 1915 Frankfurt a. M. |
| Dito Hochstein | 7142 | 14. | 1915 Apolda |
| Walter Hofmann | 42406 | 26. | 1915 Mainz |
| Hugo Ruffeb. | 7367 | 16. | 1915 Hamburg |
| Frisz Meffert | 44206 | 18. | 1915 Düsseldorf |
| Frisz Tiede | 40698 | 14. | 1915 Nowawes |
| Bernh. Winkler | 26709 | 21. | 1915 Gera |

Die Woche vom 1. bis 7. August ist die 31. Beiragswoche.
 G. Wenster, Kassierer.



Gedenktafel

für unsere im Kriege gefallenen Kollegen.

- Boße, Friedrich**, Mitglied der Filiale Ebn a. Rh., geb. am 24. 10. 90 zu Querum, seit 8. 1. 10 im Verband.
Bültger, Otto, Mitglied der Filiale Hamm i. W., geb. am 20. 6. 88 zu Leer, seit 17. 1. 06 im Verband.
Fesenfeld, Emil, Mitglied der Filiale Oldenburg, geb. 21. 2. 95 zu Oldenburg, seit 19. 7. 14 im Verband.
Juch, Ernst, Mitglied der Filiale Zwicau, geb. am 29. 3. 94 zu Niederhasslau, seit 10. 6. 11 im Verband.
Gresh, Jakob, Mitglied der Filiale Schwewe, geb. am 9. 2. 88 zu Aue, seit 2. 9. 00 im Verband.
Sascher, Friz, Mitglied der Filiale Glauchau, geb. am 10. 9. 90 zu Glauchau, seit 18. 4. 08 im Verband.
Sellwig, Gustav, Mitglied der Filiale Schwewe, geb. am 8. 8. 91 zu Griebendorf, seit 1. 7. 08 im Verband.
Sellwig, Karl, Mitglied der Filiale Schwewe, geb. am 26. 6. 88 zu Neichenachsen, seit 14. 4. 05 im Verband.
Horn, Richard, Mitglied der Filiale Weiba, geb. am 15. 8. 88 zu Meerane, seit 1903 im Verband.
Klaus, Paul, Mitglied der Filiale Potsdam, geb. am 31. 10. 82 zu Berlin, seit 21. 1. 06 im Verband.
Piffien, Karl, Mitglied der Filiale Potsdam.
Reuter, Albert, Mitglied der Filiale Zwicau, geb. am 26. 7. 81 zu Walbesch, seit 9. 8. 07 im Verband.
Rid, Paul, Mitglied der Filiale Graudenz, geb. am 2. 11. 89 zu Schwew, seit 7. 6. 14 im Verband.
Schneider, Otto, Mitglied der Filiale Zwicau, geb. am 10. 12. 88 zu Zwicau, seit 18. 9. 11 im Verband.
Seberin, Johann, Mitglied der Filiale M e l l e, geb. am 14. 12. 91 zu Altenmelle, seit 1. 4. 10 im Verband.
Stange, Ernst, Mitglied der Filiale Hannover, geb. am 9. 2. 83 zu Hannover, seit 24. 3. 07 im Verband.
Staudt, Lorenz, Mitglied der Filiale Coblenz, geb. am 10. 8. 90 zu Coblenz, seit 2. 5. 09 im Verband.
Stielhof, Theodor, Mitglied der Filiale Eberfeld, geb. am 28. 8. 85 zu Oberpleiß, seit 28. 8. 08 im Verband.
Striefling, Rudolf, Mitglied der Filiale Hannover, geb. am 16. 8. 79 zu Tiffin, seit 22. 6. 12 im Verband.
Sturm, Leo, Mitglied der Filiale M ü n c h e n, seit 28. 5. 09 im Verband.
Thieme, Walter, Mitglied der Filiale M i t t e n b u r g, geb. am 18. 4. 90 zu Mittenburg, seit 7. 10. 12 im Verband.
Wichmann, Rudolf, Mitglied der Filiale Eberfeld, geb. am 28. 9. 89 zu Warmen, seit 11. 2. 10 im Verband.
Wande, Hermann, Mitglied der Filiale Potsdam, geb. am 18. 12. 94 zu Bornim, seit 14. 6. 18 im Verband.
Weiß, Karl, Mitglied der Filiale Dresden (Baupen), geb. am 12. 8. 94 zu Niederindewiese, seit 26. 10. 12 im Verband.
Wientz, Friedrich, Mitglied der Filiale Lübeck, geb. am 2. 2. 88 zu Lübeck, seit 1. 4. 07 im Verband.
Zimmermann, Fr., Mitglied der Filiale Hannover, geb. am 20. 3. 11 zu Südlängern, seit 20. 3. 11 im Verband.

Ehre ihrem Andenken!

Grosses Sparsystem

zum Bezug von wenig getragenen Herrschaftskleidern!
 Ich empfehle Jedermann, sich ohne Verbindlichkeit meinen grossen illustrierten Katalog über Herrenkleider, vom besten Publikum stammend, kostenlos und portofrei kommen zu lassen.

- Anzüge in allen Formen Mk. 12,- bis Mk. 45,-
 Ueberzieher und Ulster „ 6,- „ 40,-
 Hosen „ 3,- „ 12,-

Jede, auch die kleinste Bestellung wird sorgfältig ausgeführt! Für nicht gefällende Waren sende ich anstandslos das Geld zurück.

L. Spielmann,
 Versandhaus für wenig getragene Kavallerkleider,
 München 113, Gärtnerplatz 1 u. 2.

Dankagung.
 Für die vielen Belegbezeugungen, die mir aus den Kollegenkreisen meines so früh verstorbenen und innigstgeliebten Gatten
Theodor Gaup
 zugegangen sind, sage ich nur hierdurch allen Freunden und Kollegen des Verstorbenen meinen herzlichsten Dank.
 In tiefer Trauer Anna, verw. Gaup.
 Leipzig, den 31. Juli 1916.

Weisse Wasserglas-Schmierseife
 30 pro Zentner, in Holzkübeln netto, in Blechwannen brutto für netto
Seifenpulver,
 lose in Säcken, 30 pro Zentner liefert von 100 Pfund an unter Nachnahme franko jeder deutschen Bahnstation
Seifenfabrik S. Strauss
 Offenbach a. M.

Der heutigen Nummer liegt Nr. 30 des „Correspondenzblattes“ bei.